

**PARLAMENTSREDE** von Andreas Otto, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 14. Sitzung vom 24. Mai 2012 zum Thema: **Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates**  
Antrag vom 15.05.2012 SPD, CDU, Grüne, Die Linke, Piraten [Drucksache 17/0347](#)

**Andreas Otto (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gutzeit! Ich möchte Ihnen auch im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen danken für die Arbeit, die Sie im letzten Jahr für die Aufarbeitung der Diktatur hier in Berlin geleistet haben, und hoffe, dass Sie diese Arbeit auch fortsetzen können. Die Kollegin von der SPD hat ja eben schon darüber gesprochen, dass das Gesetz ausläuft, das zum Inhalt hat, dass es einen Landesbeauftragten überhaupt gibt. Ich denke, wir sollten das sehr positiv diskutieren und uns dann zeitnah auch über die Verlängerung verständigen.

Sie haben uns den 18. Bericht des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes vorgelegt. 18 Berichte gibt es schon! 23 Jahre nach der friedlichen Revolution haben wir jetzt schon. Ich stelle mir dann manchmal die Frage: Wie lange wirkt eigentlich Diktatur nach? Wie lange wirken Lebenserfahrungen nach, die man in einem Staat gemacht hat, der eine Mauer um sich gezogen hat, um die Menschen daran zu hindern, ihn zu verlassen, ja, wie lange dauert das? Was gibt es für Schäden? Was tragen Menschen, die politisch verfolgt waren, die vielleicht Häftlinge waren, noch mit sich herum? Wie kann man denen helfen? Und wie lange muss man das tun? – Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, dass man das noch sehr lange tun muss, möglicherweise, solange diese Menschen leben.

Es gibt nach wie vor erheblichen Bedarf an Beratung in Rehabilitierungsfragen. Auch das kann man in dem Bericht nachlesen. Wieso kommt das? Wieso fällt Leuten nach 23 Jahren ein, eine Rehabilitierung zu beantragen? –

Das liegt zum einen daran, dass viele vielleicht keine Kenntnisse über die Möglichkeiten hatten. Das liegt zum anderen daran, dass es vielleicht neue Gesetze gibt. Und es liegt vielleicht auch daran, dass Menschen einfach in anderen Lebenslagen waren. Wer beruflich eingespannt war und erst im Alter nach vielen Jahren anfängt, darüber nachzudenken, was in seinem Leben passiert ist, und dann darauf kommt – all das sind Gründe, die Leute dazu kommen lassen, über 20 Jahre nach dem Ende der DDR Rehabilitierung zu beantragen, Entschädigung zu beantragen, eine Opferrente, auch die gibt es ja, zu beantragen. Also ich bin der Überzeugung, dass wir diese Beratung noch brauchen, und zwar nicht nur durch den Landesbeauftragten, sondern natürlich auch von den freien Trägern, die es gibt.

In dem Bericht kommt wieder die psychosoziale Beratungsstelle Gegenwind vor, wo Leute hinkommen können, die wirklich psychische Schäden davongetragen haben, nicht nur aus Haftgründen, sondern vielleicht auch, weil sie beruflich unter Druck gewesen sind, vielleicht auch, weil die Familie durch Einwirkungen von Staatssicherheit und anderen Repressionsorganen zerstört wurde. All diese Dinge schleppen viele Menschen noch mit sich rum. Ich glaube, für die braucht es solche Beratung, braucht es solche Unterstützung. Wir tun als Abgeordnetenhaus gut daran, dergleichen auch weiterhin positiv zu begleiten.

In dem Bericht ist noch ein interessanter Aspekt drin: Da tauchen Leute auf, nehmen wir mal an, irgendjemand, der von der Staatssicherheit verfolgt war, muss zu irgendeiner Stelle, Behörde oder zu irgendeinem Amt oder so oder vielleicht bei irgendeiner Firma oder einem freien Träger, und er trifft da auf Leute, die Stasi-Mitarbeiter waren, die vielleicht bei der politischen Kriminalpolizei waren, mit denen er direkt zu tun hatte. Ich habe mal so einen Fall erlebt, da hat ein Bürger jemanden aus der Abteilung Inneres des Stadtbezirks – das waren die, die für die Ausreiseanträge zuständig waren –, da hat er den getroffen, der damals seinen Ausreiseantrag abgelehnt hat. Der arbeitete mittlerweile im Sozialamt. Da ist Folgendes passiert: Der Bürger ist sozusagen über den Schreibtisch und hat den Täter da rübergezogen.

Das war sozusagen eine handfeste Selbsthilfe. Aber auch so was passiert. Leute treffen Menschen, von denen sie früher terrorisiert wurden. Auch damit muss man umgehen. Auch darüber muss man sich Gedanken machen. In dem Bericht steht, dass es solche Fälle gibt, dass man dann dergleichen dem Landesbeauftragten meldet, wo vielleicht bei öffentlichen Stellen in unangebrachter Weise solche Personen tätig sind. Auch das ist ein ganz wichtiger Teil in dem Bericht.

Sie haben uns dann über die politische Bildungsarbeit berichtet, über das, was Sie auch an Förderung für freie Träger machen. Da ist mir die ASTAK ins Auge gestochen, die Antistalinistische Aktion, die in der Ruschestraße im Haus 1 residiert. Ich bin neulich mal mit dem Kollegen Lux dort zu Besuch gewesen. Wir haben uns die Ausstellung angesehen. Das Haus ist ja saniert worden. Ich finde es denkmaltechnisch nicht ganz so gut gelungen. Aber das Haus ist wieder hergerichtet. Und Sie können sehen, wie viele Leute da unterwegs sind, wer da an Gruppen von Schülern über Bundeswehr bis irgendwo, was da für Gruppen durchgehen. Das ist ein interessanter Ort. Wir haben uns mit dem Bundesbeauftragten, mit Roland Jahn unterhalten. Der hat die Idee – ich will das hier anregen –, dass man dort so was macht wie einen Campus der Demokratie, so hat er das genannt. Also früher war da Staatssicherheit, früher war da Erich Mielke, früher war da ein geschlossener Raum. Und wenn man jetzt sagt, Mensch, das ist ein offener Ort, das ist ein Ort des Gedenkens und der Bildung, dann könnte man da, glaube ich, nicht nur für den Bezirk Lichtenberg, aber auch für den, sondern für Berlin und für die ganze Bundesrepublik eigentlich einen interessanten Ort machen, wo man eben sich erinnert, aber wo man auch vielleicht – das klingt etwas archaisch, gebe ich zu – so ein bisschen den Sieg über die Diktatur feiern kann. Das ist eine Idee für diesen Ort. Ich glaube, das ist wert, dass wir uns gemeinsam darüber Gedanken machen. Da muss sich der Bund bestimmt engagieren, aber vielleicht auch Berlin. Sie wissen, wenn Jubiläen anstehen, dann ist es immer besonders günstig, sich Gedanken zu machen, wir haben demnächst 25 Jahre friedliche Revolution im Jahr 2014. Wenn wir zu diesem Zeitpunkt dort diesen Campus der Demokratie mit Herrn Jahn einweihen könnten, wäre das, glaube ich, eine Supersache.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der CDU und den PIRATEN]

Ich will dann noch auf zwei andere Orte in der Stadt eingehen, die mit der Geschichte sehr eng zu tun haben: Das eine ist die Bernauer Straße. Da kriegen wir mit, es ist nach wie vor sehr traurig, dass in den Neunzigerjahren für die Erinnerung, für Gedenken gerade an solchen Orten, wo die Mauer war, zu wenig getan wurde. Wir haben in der Bernauer Straße die Gedenkstätte. Und wenn Sie mal gucken, was da geplant war, die Gedenkstätte selber, der erweiterte Bereich, bis heute ist das nicht fertig, auch über 20 Jahre nach dem Mauerfall ist das nicht fertiggestellt. Ich wünsche mir, dass da möglichst schnell die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Konflikte mit den Eigentümern löst, den B-Plan fertig macht und dann dieser Postenweg gestaltet wird, aber nicht so, dass Sie da die Leute ein zweites Mal enteignen, sondern dass Sie sich mit denen verständigen. Da gab es eine Mediation. Die hat bisher keinen Erfolg gehabt, aber ich glaube, das ist gerade an so einer sensiblen Stelle ganz wichtig, dass die Senatsverwaltung behutsam vorgeht und mit den Leuten irgendeine Einigung findet.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ein letzter Ort, den ich erwähnen will, ist der Checkpoint Charlie. Immer wenn ich dahin komme, muss ich sagen, es ist eigentlich wie ein Rummelplatz. Das gefällt uns nicht. Wir wünschen uns, dass da auch ein etwas würdigerer Ort ist, ein würdigeres Ambiente, dass man da auf ein paar Informationstafeln auf die Geschichte des Ortes hinweist.

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Herr Kollege! Sie müssen zum Ende kommen.

**Andreas Otto (GRÜNE):**

Ich komme gleich zum Schluss. – Ob das Museum des Kalten Krieges, das meines Erachtens mehr eine Erfindung der Linken war, in zusätzlich angemietete Räume unbedingt dahin muss, das weiß ich nicht. Lassen Sie uns lieber darüber nachdenken, ob wir das Haus am Checkpoint Charlie, das Museum vielleicht qualifizieren können. Das ist möglicherweise der lohnendere Weg.

Einen allerletzten Satz zu der Überprüfung: –

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Aber bitte wirklich den Letzten!

**Andreas Otto (GRÜNE):**

Wir sind dafür, dass wir diesen parlamentarischen Ehrenrat einsetzen. Es gab ein bisschen Irritation, ob das alle betreffen soll oder nur die, die 1989 vielleicht schon 18 Jahre gewesen sind. Aber das müssen wir jetzt nicht im Einzelnen diskutieren. Wir werden diesem Antrag zustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der CDU und den PIRATEN]